

## Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit  
am Donnerstag, den 31.08.2017 um 17:00 Uhr

GeWi-Treff  
Alte Ladenstraße 11  
15890 Eisenhüttenstadt

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr                      Sitzungsende: 19:18 Uhr

Es waren anwesend: siehe Anlage 1

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach verfahren

### I.Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 09.05.2017
4. Bestätigung der Schriftführerin
5. Information zum altersgerechten Wohnen in Eisenhüttenstadt aus Sicht der Eisenhüttenstädter Gebäudewirtschaft GmbH  
verantw.: GeWi-Geschäftsführer Herr Oliver Funke
6. Information zur Perspektive der gemeindepsychiatrischen Versorgung - Austritt aus dem GPV  
verantw.: Frau Folgner, Gesundheitsamt, SGL Sozialpsychiatrischer Dienst
7. Stand "Ehrenamtsrichtlinie des Landkreises Oder-Spree"  
verantw.: Herr Isermeyer, Komm. Dezernatsleiter, Dez. I
8. Informationen des Gesundheitsamtes  
verantw.: Herr Stellke, Gesundheitsamt, SG Amtsärztlicher Dienst
9. Information zur Integration von Asylbewerbern im Landkreis Oder-Spree  
verantw.: Frau Kaiser, Amtsleiterin des Amtes für Ausländerangelegenheiten und Integration
10. Planungskonzept zur Weiterentwicklung der geförderten ambulanten sozialen Dienste  
Vorlage: 049/2017
11. Sitzungsplan 2018  
Vorlage: 042/2017
12. Informationen zur Struktur des Dezernates I

### I.Öffentlicher Teil:

#### **Zu TOP 1            Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende, Herr Balzer, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

**zugestimmt**

#### **Zu TOP 2            Bestätigung der Tagesordnung**

Herr Balzer beantragt die Verschiebung des TOP 06 hinter den TOP 10; hierzu liegen keine Einwände vor.

Frau Freninez beantragt die Aufnahme weiterer TOP zu den Themen „Neue Richtlinie des LOS zu den Kosten der Unterkunft“ sowie „Unterbringung von Obdachlosen“ im LOS. Herr Balzer stellt fest, dass niemand von der Verwaltung anwesend ist, der zu diesen Themen aussagefähig wäre.

Die Tagesordnung wird mit Verschiebung des TOP 06 hinter den TOP 10 bestätigt.

**zugestimmt**

**Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 09.05.2017**

Auch auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Änderungsvorschläge oder –wünsche zum Protokoll der Fachausschusssitzung vom 09.05.2017. Das Protokoll gilt somit als bestätigt.

**zugestimmt**

**Zu TOP 4 Bestätigung der Schriftführerin**

Zur neuen Schriftführerin wird Frau Budai aus dem Amt für Ausländerangelegenheiten und Integration benannt. Herr Balzer stellt Frau Budai kurz vor; es gibt keine Einwände.

**zugestimmt**

**Zu TOP 5 Information zum altersgerechten Wohnen in Eisenhüttenstadt aus Sicht der Eisenhüttenstädter Gebäudewirtschaft GmbH  
verantw.: GeWi-Geschäftsführer Herr Oliver Funke**

Herr Balzer stellt Herr Funke, Geschäftsführer der Eisenhüttenstädter Gebäudewirtschaft, vor und übergibt das Wort an ihn.

Herr Funke führt aus, dass altersgerechtes Wohnen immer eine enorme Herausforderung für beide Seiten ist, für den Mieter ebenso wie für den Vermieter. Hinzu kommt, dass der überwiegende Teil der Wohnungen im Stadtgebiet dem Denkmalschutz unterliegt und ursprünglich für junge Alleinstehende oder Familien mit Kindern konzipiert war. Das heißt, es gibt kaum Aufzüge. So trifft ein real existierender Wohnungsbestand auf eine veränderte Nachfrage. Der Anspruch der Gewi besteht nun darin, den Wohnungsbestand kostengünstig so der geänderten Nachfrage anzupassen, dass der ältere Bürger möglichst lange in den eigenen vier Wänden wohnen bleiben kann.

Begonnen wurde mit dieser Anpassung im Wohnkomplex I, dessen Wohnungsbestand aus Kleinstwohnungen besteht, welche mit einem lang veralteten Wohnstandard und bereits seit längerer Zeit andauerndem Leerstand aufwarten. Ein Einbau der fehlenden Fahrstühle gestaltete sich schwierig, da dies in 4-Etagen-Häuser sehr teuer sei und beim Umbau bezahlbare Ideen notwendig wären. Außerdem müsse man mit den gegebenen Grundrissen so arbeiten, dass nach Möglichkeit Jung und Alt als Mischform zusammen in einem Haus leben könnten. Herr Funke reicht Grundrisse von umgebauten Wohnungen im 1. Wohnkomplex zur Veranschaulichung der Anwesenden herum. Mitten in diesem Wohngebiet wurde der GeWi-Treff eingerichtet. Dieser diene als Begegnungsstätte, welche für alle nutzbar sei. Es gibt ein regelmäßiges Angebot an Mittagessen. Der größte Teil des Gebäudes sei zur Finanzierung fremdvermietet (ambulanter Pflegedienst, Wohngruppe für psychisch-krank Menschen, beides betreut durch die Volkssolidarität).

Zudem habe die Gebäudewirtschaft mit einem neuen Projekt zum betreuten Wohnen zusammen mit einem Träger/Pflegedienst in der Straße der Republik begonnen, die Sanierung laufe auf Hochtouren.

Desweiteren führt Herr Funke aus, dass die steigende Zahl an Demenzkranken, welche nicht mehr in den eigenen vier Wänden versorgt werden können, die Angehörigen vor große Herausforderungen stellen würde. Dies habe die GeWi zur Planung einer Demenz-WG in der Lin-

denallee zusammen mit AWO und Volkssolidarität (für Tagespflege) mit 27 Plätzen bewegt, Fertigstellung solle Ende 2017 erfolgen.

Weiter erläutert Herr Funke, dass die Menschen durch unterbrochene Erwerbsbiographien über immer geringere Einkünfte verfügten und somit niedrigere Renten erhalten würden, mit denen eine Finanzierung der Miete nicht möglich sei. Die Berücksichtigung der „Angemessenheitsgrenze“ mache die Sanierungen von 3- auf 2-Raum-Wohnung schwierig.

Abschließend berichtet Herr Funke, die Eisenhüttenstädter Gebäudewirtschaft GmbH habe den Deutschen Bauherrenpreis verliehen bekommen. Er verweist auf die Möglichkeit von Führungen, sollte Interesse an weiteren Informationen bestehen.

Herr Balzer bedankt sich bei Herrn Funke und geht zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

### ***zur Kenntnis genommen***

#### **Zu TOP 6 Information zur Perspektive der gemeindepsychiatrischen Versorgung - Austritt aus dem GPV verantw.: Frau Folgner, Gesundheitsamt, SGL Sozialpsychiatrischer Dienst**

Der Vorsitzende übergibt das Wort an Frau Folgner, Psychiatriekoordinatorin des LOS.

Nachdem sich Frau Folgner kurz selbst vorgestellt hat, berichtet sie über den Sozialpsychiatrischen Dienst (SpDi) im Landkreis Oder-Spree (siehe Anlage).

Sie erläutert hierzu, dass momentan 10 Kollegen und 1 Arzt im SpDi tätig sind. Auf die Frage, wie genau die Arbeitsteilung aussieht, führt sie aus, dass die Krisenintervention im Fokus stehe, bei der die Weiterleitung in eine adäquate Folgebetreuung das Ziel sei. Hierbei erwähnt sie, dass es 2016 zu 9500 Kontakten kam. Herr Isermeyer präzisiert, dass es sich beim Sozialpsychiatrischen Dienst nicht um eine Bewilligungsbehörde für Sozialleistungen handele, sondern in der Regel um offene Beratung und Notfallversorgung im Rahmen der gesetzlichen Aufgaben des Landkreises, infolge derer der SpDi in Zusammenarbeit mit dem Sozialamt in geeignete Folgebetreuung vermitteln würde. Frau Folgner ergänzt, dass es um die Feststellung der Bedarfe und eine ärztliche Diagnose gehe, auf deren Basis eine geeignete Folgebetreuung ermittelt werden kann.

Auf Nachfrage zum geplanten Austritt aus dem Gemeindepsychiatrischen Verbund (GPV), führen Frau Folgner und Herr Stellke vom Sachgebiet Amtsärztlicher Dienst aus, dass eine umfassende Analyse zu Aufwand und Nutzen durchgeführt wurde. Hierbei habe sich herausgestellt, dass der Aufwand den Nutzen bei weitem übersteigt und beides in keinem gesunden Verhältnis zueinander stehe. Zudem müssten Doppelstrukturen und zusätzliche Bürokratie durch einen Überbau vermieden werden. Für eine weitere erfolgreiche Arbeit wäre die Mitgliedschaft im GPV nicht nötig.

Herr Hilke spricht Krisensituationen durch medikamentöse Unterversorgung und Lücken in der ärztlichen Versorgung an. Frau Folgner führt hierauf aus, dass diese eigentlich nicht möglich wären, wenn sich Patienten in ärztlicher Betreuung befänden und ihre Termine einhalten würden.

Falls es trotz allem doch zu Notfällen käme, gäbe es neben dem SpDi die Psychiatrischen Institutambulanz als Anlaufstellen, welche sich in Trägerschaft der jeweiligen Versorgungskrankenhäuser befänden und eine ärztliche Notversorgung sicherstellen könnten. Herr Stellke gibt zu bedenken, dass der Demografiewandel auch vor Ärzten nicht halt mache und es deshalb schon jetzt zu wenige Ärzte gäbe. Wartezeiten würden sich in Zukunft eher verlängern als verkürzen.

Auf Nachfrage, ob die Träger an der Diskussion zum Austritt beteiligt wurden, antwortet Frau Folgner, dass im Vorfeld ein umfangreicher Diskurs mit allen Beteiligten stattgefunden habe. Herr Stellke verweist auf die Eigenverantwortlichkeit der Kreisverwaltung und betont, dass diese unabhängig von Trägern bestehen müsse.

Herr Balzer bedankt sich und geht zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

### ***zur Kenntnis genommen***

**Zu TOP 7      Stand "Ehrenamtsrichtlinie des Landkreises Oder-Spree"  
verantw.: Herr Isermeyer, Komm. Dezernatsleiter, Dez. I**

Herr Balzer übergibt das Wort an Herr Isermeyer, komm. Dezernent des Dezernates I.

Herr Isermeyer gibt eine kurze Rückschau dazu, dass der Ausschuss für Soziales und Gesundheit in seiner Sitzung am 10. Januar die Verwaltung beauftragt habe, eine konzeptionelle Vorstellung zu entwickeln wie die Unterstützung und Förderung des Ehrenamtes im Landkreis einheitlicher zu regeln wäre und dies, soweit es möglich ist, in einer Förderrichtlinie zusammenzufassen.

Er führt aus, dass der Landrat eine dezernatsübergreifende Abfrage organisierte, um das Rechtsamt entsprechend fachlich auf eine evtl. zu erarbeitende Richtlinie vorzubereiten.

An der Abfrage haben sich folgende Ämter der Kreisverwaltung beteiligt:

- Amt für Personal und Recht
- Kämmerei und Kreiskasse
- Rechnungsprüfungsamt
- Landwirtschaftsamt
- Umweltamt
- Bauordnungsamt
- Katasteramt
- Amt für Kreisentwicklung
- Jugendamt
- Sozialamt
- Gesundheitsamt
- AG Sozial- und Gesundheitsplanung

Die Abfrage hat folgende Ergebnisse generiert:

- Verschiedene Ämter nutzen im Kontext der Erledigung Ihrer Aufgaben Ehrenamt
- Mitglieder des Kreistages
- Ehrenamtliche Kräfte in den Wahl- und Briefwahlvorständen
- Kreisbrandmeister
- Ehrenamtliche Tätigkeit im Katastrophenschutz
- Amtlich verpflichtete Fischereiaufseher/innen
- Kreissenorenbeiräte
- Selbsthilfekontaktstellen und Selbsthilfegruppen
- Ehrenamtliche Kräfte im Familienentlastenden Dienst und in den Helferinnenkreisen
- Ehrenamtliche gerichtlich bestellte Betreuer
- Ehrenamtliche Familienlotsen in den Netzwerken „Gesunde Kinder“
- Ehrenamtliche Kräfte im Bereich der Kindertagesbetreuung, der Kinder- und Jugendarbeit und der Hilfen zur Erziehung
- Ehrenamtliche Vormünder
- Ehrenamtlich tätige Trainer und Übungsleiter
- Ehrenamtliche Naturschutzhelfer und der Naturschutzbeirat
- Ehrenamtliche Wegewarte
- Gutachterausschuss für Grundstückswerte
- Darüber hinaus fördert der Landkreis mit 4 x 0,3 VZE strukturell die Freiwilligenagenturen in den Mittelzentren

In den meisten Stellungnahmen ist deutlich gemacht worden, dass die Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit über die aktuell bestehenden Regelungen in den Bereichen ausreichend geregelt ist und es aktuell keinen Veränderungsbedarf dahingehend gibt, eine einheitliche Regelung zur Förderung des Ehrenamtes über die unterschiedlichen Bereiche zu legen. Allerdings wurden einzelne Verbesserungsbedarfe angezeigt:

- Stärkung der Fischereiaufseher
- Stärkung der ehrenamtlichen Naturschutzhelfer
- Stärkung der ehrenamtlich tätigen Wegewarten
- Stärkung des Familienentlastenden Dienstes, der Helferinnenkreise und der Pflegestützpunkte

- Ermöglichung von Strukturen, ehrenamtlich Tätige gut zu begleiten (Schulungen, Vernetzung, Anerkennung)
- Ermöglichung von unbürokratischen Aufwandsentschädigungen in den einzelnen Bereichen

Die Verwaltungsleitung hat sich zu dieser Abfrage beraten und ist zu folgendem Schluss gekommen:

- Einheitliche Regelung ist kaum möglich, da die unterschiedlichen Förderungen des Ehrenamtes in den verschiedenen Bereichen die unterschiedlichen rechtlichen Grundlagen hat
- Die identifizierten Optimierungsbedarfe in den einzelnen Segmenten sind über die bereits bestehenden Regelungen zu bearbeiten

Herr Balzer stellt klar, dass eine Fokussierung auf den Bereich Soziales und Gesundheit gewünscht war. Allerdings herrscht allgemeiner Konsens darüber, dass aufgrund der unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen eine Vereinheitlichung schwierig ist. In der Diskussion kristallisierte sich heraus, dass es vorrangig um die Möglichkeit des Auslagenersatzes und der Unterstützung und Begleitung der Ehrenamtlichen ging.

Frau Helminiak, AG Sozialplanung, verweist auf die Freiwilligen-Agenturen, welche vom Landkreis gefördert werden. Sie erläutert, dass sich dort alle melden könnten, die eine Einsatzmöglichkeit suchen, aber auch alle Träger, die Helfer suchen. Aufgabe der Agenturen wäre neben der Vermittlung auch die Beratung und Betreuung der Ehrenamtlichen unabhängig von den Trägern. Darüber hinaus bestände in den verschiedensten Bereichen die Möglichkeit des Auslagenersatzes.

Herr Balzer bittet um nochmalige verwaltungsseitige Analyse der bestehenden Förderungen des Ehrenamtes im Sozial- und Gesundheitsbereich.

### **zur Kenntnis genommen**

#### **Zu TOP 8 Informationen des Gesundheitsamtes verantw.: Herr Stellke, Gesundheitsamt, SG Amtsärztlicher Dienst**

Herr Balzer bittet Herrn Stellke, Sachgebiet Amtsärztlicher Dienst im Gesundheitsamt um eine kurze Information zum Gesundheitsamt.

Herr Stellke gibt zu Protokoll, dass sich die Mitarbeiterzahl, auch die der Ärzte, erhöht habe. Sie entspreche noch nicht dem Durchschnitt, die Arbeitsfähigkeit sei jedoch wieder hergestellt. Zum Zahnärztlichen Dienst (ZÄD) führt er aus, dass Frau Kluge (Zahnärztin) 2019 in Rente gehe und vorher aufgrund gesundheitlicher Beschwerden bereits eine Reduzierung der Wochen-Arbeitszeit erhalten werde. Bisherige BewerberInnen hätten jedoch aufgrund finanzieller Konditionen abgesagt. Er betont, dass, fände man keinen Nachfolger, mit Qualitätseinbußen bei der Arbeit des ZÄD gerechnet werden muss.

Auch für den Bereich Kinder- und Jugendärztlicher Dienst (KJÄD) ist das Gesundheitsamt für Beginn 2019 weiterhin auf der Suche nach einer/einem neuen Kollegen/In.

Ausbildungen seien für 2018 wie folgt geplant: 1 medizinische Fachangestellte im Bereich KJÄD, 2 Hygienefachkräfte.

Zu den Räumlichkeiten erläutert Herr Stellke, dass für den Standort Eisenhüttenstadt Räume dazu kommen würden. Für den Standort Fürstenwalde trat eine kleine Entspannung durch die Ansiedlung des KJPD in Erkner ein. Dadurch würden sich auch die Wege für die Patienten verkürzen. In Bezug auf den Standort Beeskow sei für 2018 der Umzug in das ehemalige Gebäude der AOK vorgesehen, Umbauten wären bereits angelaufen.

Bezüglich der Technik gibt Herr Stellke zu Protokoll, dass die Umstellung der Infektionsmelde-Software nun abgeschlossen und der Abschluss der Einführung der neuen Fachsoftware bis Ende des Jahres geplant sei. Alle AußendienstmitarbeiterInnen seien nun mit Mobilfunktelefonen ausgerüstet und dadurch auch unterwegs erreichbar.

Zum Thema Fortbildung führt Herr Stellke aus, dass für den 09.10.2017 eine große Veranstaltung mit Übung zu einem evtl. Massenansturm von Infektionskrankheit (z. B. durch terroristische Handlungen) gemeinsam mit dem Katastrophenschutz anberaumt sei.

Herr Balzer bedankt sich für die Ausführungen und geht zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

### ***zur Kenntnis genommen***

#### **Zu TOP 9 Information zur Integration von Asylbewerbern im Landkreis Oder-Spree verantwort.: Frau Kaiser, Amtsleiterin des Amtes für Ausländerangelegenheiten und Integration**

Herr Balzer erteilt Frau Kaiser, Amtsleiterin des Amtes für Ausländerangelegenheiten und Integration, das Wort.

Frau Kaiser informiert über aktuelle Zahlen zu Geflüchteten im LOS, den aktuellen Stand zum Regionalbudget 2017 und zu Änderungen in Bezug auf die Verpflichtung zu Integrationskursen (siehe Anlage).

Hierbei führt sie aus, dass die offiziellen Zahlen vom Bund weiterhin ausstünden. Für 2018 müsse vermehrt mit Familiennachzügen gerechnet werden, wobei die Unterbringung eine gewisse Problematik darstellt. Darüber hinaus kämpfe das Amt mit einer hohen Personalfluktuation und würde zunehmend in die Lage geraten, die Arbeitsfähigkeit nur schwer aufrechterhalten zu können.

Aus dem Regionalbudget würden noch Mittel zur Verfügung stehen, weshalb um Ideen gebeten wurde.

Bezüglich der Integrationskurse kam die Frage zu einer genaueren Ausrichtung der Zahlen auf. Es wurde darauf hingewiesen, dass dies bereits in der letzten Ausschusssitzung am 09.05.2017 erfolgte und auf das entsprechende Protokoll und dessen Anlagen verwiesen. Weiterhin erklärte Frau Kaiser, dass die gesamte Personengruppe, welche theoretisch verpflichtet werden könnte, auch tatsächlich verpflichtet werde. Als Hauptursache, dass nicht verpflichtet werden könnte, gibt sie die fehlende Kinderbetreuung an und stellt in diesem Zuge das Pilotprojekt „Frauenintegrationskurs mit angegliederter Kinderbetreuung“ in Bad Saarow vor. Auf die Frage zur Kinderbetreuung in Eisenhüttenstadt, führt Frau Kaiser an, dass in Eisenhüttenstadt kein Kind nicht versorgt sei.

In Bezug auf den Pilot zur zentralen Test- und Meldestelle im Ankunftszentrum in Eisenhüttenstadt erläutert sie, dass aufgrund der kurzen Vorlaufphase aktuell noch geringe Abstimmungs- und Nachsteuerungsbedarfe beständen. Auf die Frage welcher Träger hiermit betraut wurde, gibt Frau Kaiser an, dass das BAMF Nestor beauftragt habe, aber offen gelassen hätte, weitere Träger zu involvieren, sobald hierfür Bedarf bestehe.

Auf die Frage was passiert, wenn eine Verpflichtung nicht bedient wird, erklärt Frau Kaiser, dass eine Verpflichtung zu Sanktionen berechtigte, welche die Kreisverwaltung in gegebenen Fällen nutzen würde. Dem stimmt Frau Zarling, Amtsleiterin des Jobcenter, zu.

Herr Balzer bedankt sich und weist darauf hin, dass dieser Tagesordnungspunkt regelmäßig besteht und Anfragen zum Thema jederzeit eingebracht werden können.

### ***zur Kenntnis genommen***

#### **Zu TOP 10 Planungskonzept zur Weiterentwicklung der geförderten ambulanten sozialen Dienste Vorlage: 049/2017**

Der Vorsitzende übergibt das Wort an Herrn Isermeyer, kommissarischer Dezernent für Jugend, Bildung, Soziales und Gesundheit.

Herr Isermeyer erläutert kurz die Ziele des Planungskonzeptes. Konkret geht es um die Perspektive der Förderung für die ambulanten sozialen Dienste für Menschen mit besonderen Herausforderungen. Diese Dienste dienen unterschiedlichen Personengruppen, für die verschiedene Ämter der Kreisverwaltung Verantwortung tragen. Hier seien insbesondere das Sozialamt, das kommunale JobCenter, das Gesundheitsamt und das Amt für Ausländerangelegenheiten

und Integration genannt. Auch gibt es im Rahmen der Förderung Überschneidungen mit der Gleichstellungs- und Seniorenbeauftragten.

In den letzten Jahren sind im Rahmen der Förderung innerhalb der Kreisverwaltung mehrere Fragen diskutiert worden:

- Wie haben sich die Bedarfslagen in den letzten Jahren verändert. Welche Leistungen sind in welchem Umfang durch die Kreisverwaltung vorzuhalten?
- Wie kann die Qualität der sozialen Dienstleistungen sichergestellt werden?
- Wie sind die Verantwortlichkeiten der unterschiedlichen beteiligten Fachämter der Kreisverwaltung im Rahmen der Förderung auszugestalten? Wer macht was? Bestehen Doppelstrukturen und wie könnten diese vermieden werden?

Weiterhin wurde in den letzten Jahren durch die Träger der freien Wohlfahrtspflege immer wieder angebracht, dass zentrale Rahmungen der Förderung (hier geht es in erster Linie um die Eigenanteile der Träger und um die Arbeitgeberanteile der Personalkosten) nicht angemessen erscheinen, um die Ziele der Kreisverwaltung auch tragfähig sicher zu stellen.

Das Planungskonzept wurde gemeinsam mit den Ämtern des Dezernates I und der Verwaltungsleitung abgestimmt. Außerdem wurde es den kreisangehörigen Ämtern, Städten und Gemeinden und der Liga vor Ort vorgestellt.

Herr Hilke bittet darum, die Zeitplanung hierbei an die Laufzeit der Legislaturperiode (bis I./II. Quartal 2019) anzupassen, damit die an den vorbereitenden Sitzungen beteiligten Abgeordneten dies auch endgültig entscheiden könnten.

Herr Isermeyer sichert zu, dies prüfen zu lassen und eine Zeitanpassung vorzunehmen. Dabei müsse dann aber geprüft werden, ob auch alle Zielstellungen in dem kürzeren Zeitfenster erfüllbar sind.

Herr Balzer regt an, das Planungskonzept in den Fraktionen zu diskutieren und ggf. in den weiteren Gremien des Kreistages zu beraten. Er bittet im Anschluss um die Abstimmung zur Beschlussvorlage Nr. 049/2017.

***einstimmig zugestimmt***

**Zu TOP 11      Sitzungsplan 2018  
Vorlage: 042/2017**

Herr Balzer stellt den Sitzungsplan für 2018 zur Abstimmung; es liegen keine Einwände vor.

***einstimmig zugestimmt***

**Zu TOP 12      Informationen zur Struktur des Dezernates I**

Herr Balzer bittet Herr Isermeyer zu Wort.

Herr Isermeyer beantragt aufgrund der fortgeschrittenen Stunde, den TOP auf die nächste Sitzung am 17.10.2017 zu vertagen; es gibt keine Einwände.

***Abgesetzt***

Der Vorsitzende beendet die Ausschusssitzung und wünscht allen eine sichere Heimreise.

Frank Balzer  
Vorsitzender des  
Ausschusses für Soziales und  
Gesundheit

Magrit Budai  
Schriftführer/in

